

Stellungnahme zu Deradikalisierungs- und Antisemitismuspräventionsangeboten in Moscheegemeinden

Zunächst wird eine einschlägige Beispielgemeinde näher vorgestellt und in den Gesamtzusammenhang eingeführt, bevor der Themenkomplex allgemein behandelt wird.

Das IIS steht nicht alleine für seine religiösen Angebote oder die innermuslimische Begegnungs- und Bildungsarbeit. Der Verein ist ein vernetzter Dienstleister innerhalb der Sozialen Arbeit; der Wissenschaft (durch Dienstleistungen für Universitäten und StudentInnen); für Medienschaffende; für NROs & MSOs sowie Promoter für den Fairen Handel.

Mit weit über 240 nichtmuslimischen Organisationen, resp. selbständige Abteilungen/Referate dieser konnten wir in diesen Zusammenhängen interagieren. Angemerkt sei an hier, dass wir erst seit dem Jahr 2011 genau dokumentieren.

In Frankfurt hat das IIS den interreligiösen Dialog mit aufgebaut.

Deutschlandweit ist das IIS als Modelgemeinde gefragt und konnte in über 55 Städten Multiplikatorenarbeit leisten.

In Zusammenarbeit mit dem Weltladen Bornheim ist die *Broschüre Fairtrade und Islam* erschienen, die 2015 den Sonderpreis für vorbildliche und innovative Aktivitäten zur Stärkung des Fairen Handels im Rahmen des bundesweiten *Wettbewerbs Hauptstadt des Fairen Handels* gewann. Bereits 2013 war das IIS als Deutschlands erste Fairtrade-aktive Moscheegemeinde Teil der Bewerbung Frankfurts zur *Fairtrade Hauptstadt*. Der Arbeitskreis *Interkultureller Dialog*, dem das IIS seit der Gründung des Arbeitskreises angehört, wurde 2016 mit dem Nachbarschaftspreis des Frankfurter Programms *Aktive Nachbarschaft* ausgezeichnet.

Die Mahnwache gegen Angriffskriege und Terror am Römer (2005) hat das IIS mitveranstaltet, eine Rede und ein Friedensgebet beigetragen:



Weitere Ansprachen u a. von: Dr. Albrecht Magen, Dezernent für Integration der Stadt Frankfurt; Kordula Schulz-Asche, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen; Pfarrerin. Hega Trösken, Pröpstin der Evangelischen Kirche für den Propsteibereich Rhein- Main; Dr. Stefan Scholz, Katholische Kirche & Petra Kunik, Jüdische Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Anfang 2014 wurden verschiedene Akteure aus dem Frankfurter Gallus vom Projektteam *XENOS - Gemeinsam stark - Inklusion und Vielfalt rund um das Mehrgenerationenhaus* dazu eingeladen, eine Gedenkveranstaltung zur Jährung des Auschwitz-Prozesses mitzugestalten. Das IIS fühlte sich hier lediglich aufgrund seines Selbstverständnisses als zivilgesellschaftliche Institution angesprochen und verantwortlich. Der Verein beteiligte sich an der Planung; nahm an vier der Vorbereitungstreffen sowie der Nachbesprechungen teil;

beherbergte auch eines dieser Treffen in den Vereinsräumlichkeiten und bot eine Videodokumentation der Veranstaltung an.

Das IIS fordert nicht nur Einsatz gegen Muslimfeindlichkeit ein, welche die Gesamtgesellschaft auch politisch bedrohtⁱ und leider gesellschaftsfähig ist:

„Islamfeindlichkeit ist heute die in Deutschland am weitesten verbreitete Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Deutlicher noch als die ihr verwandten Strömungen wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie u.a. reicht sie von den extremen Rändern der bis in die breite und Mitte der Gesellschaft hinein.“ⁱⁱ

Zu Bedauern ist in diesem Zusammenhang, dass Muslimfeindlichkeit oft nicht beim Namen genannt, sondern im Diskurs als *Rassismus* und *Fremdenfeindlichkeit* beschrieben wird. Letzteres ist in Bezug auf MuslimInnen im Kontext ihrer jahrzehntelangen Beiträge für die Gesellschaft als eine Beleidigung und Marginalisierung zu verstehen.

Das IIS partizipiert also bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen, die das Zusammenleben bedrohen, auch wenn MuslimInnen nicht direkt betroffen sind.

Dieses Selbstverständnis und damit einhergehendes Engagement berücksichtigend, kommt man nicht umhin zu verstehen, dass sich die BesucherInnen und Engagierte des Vereins als MultiplikatorInnen in der Gesellschaft begreifen, welche Verantwortung bei der Bewältigung von Herausforderungen tragen möchten – und dafür nach weiterer Qualifikation streben.

Innerislamisch ist Antisemitismus durch die religiöse Lehre leicht zu entlarven. So stellte u.a. Bernhard Lewis (jüdischer Historiker, Orientalist und Professor u.a. an der Princeton University) fest:

„In der islamischen Gesellschaft ist die Judenfeindlichkeit nicht theologischer Natur.“ⁱⁱⁱ

Aber wie dem Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft entgegen – einer Gesellschaft, die den Argumenten aus dem Koran nicht grundsätzlich aufgeschlossen ist?

Eben hierfür brauchen muslimische Jugendliche als BürgerInnen für ihr zivilgesellschaftliches Engagement Schulungen von ExpertInnen.

In diesem Zusammenhang kooperieren wir in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit u.a. auch mit einschlägigen Bildungsstätten und bieten Multiplikatoren-Schulungen an. Mehr war und ist auch nicht nötig.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass einschlägige Organisationen Jugendbildungs- sowie sozialarbeiterische Angebote oftmals der Finanzierung wegen als *Deradikalisierung* und *Gewalt-*, bzw. *Antisemitismusprävention* etc. verbuchen.

Dieser inflationäre Gebrauch wird von Fachleuten zurecht wegen seinem Stigmatisierungspotenzial kritisiert.

Deswegen hat das IIS entsprechende Angebote in der Vergangenheit begründet abgelehnt, auch wenn „politische Anerkennung“ und Finanzierung versprochen wurde.

Gleichartige Bildungsinhalte hingegen werden dort, wo sie für LehrerInnen, PolizistInnen, BeamtInnen, Belegschaften etc. vermittelt werden, eben nicht *Antisemitismusprävention* und

Deradikalisierung genannt.

Wie könnte man sich so etwas auch vorstellen, ja wie wäre so ein Zustandekommen einer Zusammenarbeit überhaupt möglich?

Sind folgende Verlautbarungen etwa denkbar?

„Deradikalisierung in Synagogen mit jüdischen Jugendlichen wird nun vom Land Hessen mit 500.000€ gefördert.“

„Extremismus- und Antisemitismusprävention mit MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes fanden im Oktober statt.“

„Die Belegschaft hat Schulungen erhalten, um dem Antisemitismus entgegenzuwirken.“

„Die SchülerInnen durchliefen ein Präventionsprogramm zum Thema sexueller Gewalt.“

„Die Parteizentrale verkündet, dass alle Parteimitglieder ein Antirassismus-Programm durchlaufen haben.“

Solche Aussagen sind allein wegen ihrer Suggestion, resp. ihres Stigmatisierungspotenzials abzulehnen.

Konsequenterweise kämen VertreterInnen des IIS auch nicht auf die Idee, die Interaktionen mit über 240 nichtmuslimischen Organisationen als *antimuslimfeindliche Deradikalisierung* oder dergleichen zu beschreiben!

Selbst für denkbare und nötige Fälle von Deradikalisierung im Allgemeinen gilt laut ExpertInnen für den Bereich:

- Wirbt man mit Deradikalisierung offensiv, bleiben vieler derjenigen, die es nötig haben, aus Trotz fern.
Doch auch mit den verbleibenden KlientInnen ist die Beziehung und Kommunikation gestört, weil die öffentliche Selbstdarstellung des Anbieters Glaubwürdigkeit und Vertrauen untergräbt. Dasselbe gilt in Bezug auf die Organisation(en), welche den Rahmen für die Begegnung mit den Heranwachsenden bietet.
Jugendliche und ihre Gemeinden wollen nicht als defizitär wahrgenommen, gebrandmarkt und „verkauft“ werden.
- Ebenfalls gilt es das Aufkeimen eines Generalverdachts dadurch zu vermeiden, indem sichergestellt wird, dass durch das eigene Agieren eine Stigmatisierung der Zielgruppe nicht verursacht, bzw. nicht noch weiter verstärkt wird.

Auf diese Gefahr machen u.a. die ExpertInnen Bernd Holthusen^{iv}, Dr. Sabrina Hoops^v, Dr. Christian Lüders^{vi} und Dr. Diana Ziegler^{vii} aufmerksam.

In diesem Fall sind muslimische Jugendliche wie auch Moscheegemeinden von Stigmatisierungen und Vorurteilen bereits betroffen, weswegen eine besondere Sensibilität geboten ist.

In diesem Zusammenhang haben bereits u.a. folgende Personen den Umgang der Verfassungsschutzbehörden mit muslimischen Gemeinden beanstandet:

- Professor Dr. Werner Schiffauer;
- Dr. Sabine Schiffer;
- Dr. Jörn Thielmann;
- Professor Dr. Dietrich Murswiek (der in einem Gutachten feststellte, dass mit Ausnahme der Verfassungsschutzberichte Berlins und Brandenburgs alle in den Jahren 2006-2009 publizierten Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern verfassungswidrig waren!);
- Dr. Jürgen Micksch;
- Professor Dr. Claus Leggewie;
- Dr. Horst Meier und
- Professor Stefan Jakob Wimmer.

Wenn es nach Professor Dr. Claus Leggewie und Dr. Horst Meier gegangen wäre, hätte die Gesamtgesellschaft letztes Jahr die Auflösung der Verfassungsschutzbehörden gefeiert!

Es ist zu hoffen, dass einschlägige Akteure diese Thematik in naher Zukunft aufgreifen.

Zumindest müssen WissenschaftlerInnen sowie Dienstleister in diesem Feld in ihrer Öffentlichkeitsarbeit dafür Sorge tragen, dass die Wirkungsstätten ihrer Arbeit (hier Moscheen) nicht weiter stigmatisiert werden, als sie es bereits sind und laufend werden.

mit besten Grüßen

Mohammed Naved Johari

Diplom- Sozialpädagoge
 M.A. Islamic Studies (UK)
 M.A. Interreligiöser Dialog (AUS)
 M.A. Management (BRD)

Mobil: 0049 (1) 179 67 151 47

Email: monajol@hotmail.com

ⁱ Wie u.a. von Prof. Dr. Werner Ruf; Prof. Dr. Gert Pickel und Dr. Micksch erklärt haben.

ⁱⁱ Stefan Jakob Wimmer: *Umgang mit Störfaktoren im Dialog*, in: Rötting, Martin / Sinn, Simone / Inan, Aykan (2016): Praxisbuch Interreligiöser Dialog. Begegnungen initiieren und begleiten. (Eos Verlag U. Druck).

ⁱⁱⁱ In: Mark R. Cohen, Unter Kreuz und Halbmond. Die Juden im Mittelalter. München: Beck, 2005, S. 22.

^{iv} Bernd Holthausen, Diplom-Politologe, ist seit 1997 als wissenschaftlicher Referent in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des Deutschen Jugendinstituts tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere Kooperation, Mehrfach- und Intensivtäter und Evaluation.

^v Dr. Sabrina Hoops, Diplom-Pädagogin, ist seit 1998 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts tätig. Nach verschiedenen empirischen Forschungsprojekten im Themenkontext Abweichendes Verhalten und Evaluation erzieherischer Hilfen ist sie seit 2008 Mitglied der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention.

^{vi} Dr. Christian Lüders, M.A., leitet die Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation, Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.

^{vii} Dr. Diana Ziegleder, Diplom-Soziologin und Rechtssoziologin M.A. ist seit 2011 als wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Jugend- und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts

tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Kooperation, Polizeiforschung und Kriminologie.